



Martina Braun, Josha Frey und Reinhold Pix
Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg



Pressemitteilung vom Montag, 6. August 2018

Landwirte im Südschwarzwald brauchen als wichtige Partner für den Naturschutz und den Tourismus dauerhafte Planungssicherheit

Landwirtinnen und Landwirte aus dem Südschwarzwald wandten sich kürzlich mit einem Schreiben an die Landesregierung, da sie zunehmend den Eindruck hätten „zwischen zwei Stühlen zu sitzen“, wie Johannes Rombach, als einer der Verfasser des Briefes äußerte. Damit beschreibt er die Situation, dass die unteren Naturschutzbehörde und die unteren Landwirtschaftsbehörde auf den typischen Südschwarzwälder Allmendweiden unterschiedliche Auflagen und Vorgaben von den Bewirtschaftern fordern und sich der Landwirt in der Folge mit einer geringeren finanziellen Förderung, Planungsunsicherheiten bis hin zu Sanktionen konfrontiert sehen würde.

Um dieser komplexen Frage nachzugehen, trafen sich kürzlich die Grünen Landtagsabgeordneten Josha Frey, Reinhold Pix und Martina Braun, Sprecherin für den Ländlichen Raum, mit Landwirtinnen und Landwirte, die den Brief unterschrieben hatten, im Biosphärengebiet Schwarzwald. Begleitet wurden sie auch von Peter Schelshorn, Bürgermeister der Stadt Schönau, Sigrid Meineke, Vertreterin des Landesnaturschutzverbandes BW, und Christoph Huber von der Geschäftsstelle des Biosphärengebiets.

Die Landwirte verdeutlichten auf einer betroffenen Fläche das Problem: Auf der einen Seite definiere und kartiere die untere Naturschutzbehörde viele Weideflächen, da sie naturschutzfachlich wertvoll und standorttypisch seien, als zu pflegende und schützende Bereiche. Auf dieser Grundlage werden mit den Bewirtschaftern fünf-jährige Pflegeverträge mit der unteren Naturschutzbehörde abgeschlossen. Andererseits reduziere bei Vorortkontrollen innerhalb dieser fünf Jahre die untere Landwirtschaftsbehörde jedoch die förderfähige Bruttofläche, in der Hauptsache die „trockenen Heide“ aber auch Landschaftselemente wie Steinlesehäufen, kleine und mittlere Gebüsch und Sträucher bis hin zu Tränkstellen, die ab einem Quadratmeter-Größe aufwendig aus der Bruttofläche heraus gemessen werden. Diese kleinen Parzellen werden dann in einem sogenannten A2 Vertrag weitergeführt, jedoch mit einem viel geringeren Fördersatz. Gleichzeitig ist aber der Landwirt verpflichtet, dass er diese Flächen genauso pflegt und offen hält, da genau diese oftmals noch FFH kartiert sind und somit den Status „besonders Schützenswert“ haben.

Die drei grünen Abgeordneten waren sich einig, dass diese Vorgehensweise in vielerlei Hinsicht nicht zielführend sei. Reinhold Pix, Sprecher für Tourismus: „Der Tourismus im ganzen Südschwarzwald lebt von dieser abwechslungsreichen Landschaft. Das Biosphärengebiet gäbe es ohne diese wertvollen Weideflächen nicht. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass Landwirte diese weiterhin erhalten.“

Martina Braun, selbst auch Landwirtin, ergänzte: „Wir brauchen, unabhängig davon, ob eine bewirtschaftete Fläche als landwirtschaftliche Nutzfläche bewertet wird oder nicht, einen gleichwertigen finanziellen Ausgleich für die geleistete Arbeit. Es muss gelten: öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Die Offenhaltung des Schwarzwaldes ist eine solche Leistung, die ohne

Landwirte unbezahlbar wäre. Deswegen begrüße ich, dass bereits intensive Gespräche zwischen den beiden zuständigen Ministerien laufen.“

Joshua Frey sieht insbesondere, dass Handlungsspielräume genutzt werden müssen: „Die landwirtschaftliche Förderung basiert zwar auf europäische Gesetzgebung, in der Umsetzung in den Ländern bestehen jedoch immer Spielräume, die dazu genutzt werden müssen die Zielsetzung – hier den Erhalt unserer Landschaft und der kleinstrukturierten Landwirtschaft – zu verfolgen. Vorortkontrollen sind sinnvoll, um schwarze Schafe zu finden, sollten aber nicht zur Erbsenzählerei führen.“

Johannes Rombach fügte einen weiteren Aspekt hinzu: „Wenn die im Südschwarzwald vorherrschende kleinbäuerliche Nebenerwerbslandwirtschaft erhalten werden soll müssen sich die Ministerien bewegen, sonst gehen die Betriebe und mit diesen die vielen auf den Flächen arbeitenden Hände dauerhaft verloren. Gerade im Anbetracht der vielfach anstehenden Hofübergaben an die nächste Generation wird deutlich, dass es immer schwieriger wird Hofnachfolger zu finden. Diese sollten dann nicht auch noch durch immer höhere Vorgaben, Regelungen und Bestimmungen von der Weiterführung der Betriebe abgeschreckt werden.“